

Gemeinsame Erklärung: Europas Staats- und Regierungschefs müssen den freien Informationsfluss schützen, um COVID-19 zu bekämpfen

Das International Press Institute (IPI), ein globales Netzwerk von Redakteuren, Medienmanagern und führenden Journalisten für Pressefreiheit, forderte heute die europäischen Staats- und Regierungschefs auf, den freien Informationsfluss zu schützen und sicherzustellen, dass die Medienfreiheit gewährleistet wird, wenn Staaten sich bemühen, die COVID 19 Pandemie zu bekämpfen.

IPI hat sich mit acht anderen Pressefreiheitsgremien zusammengesetzt, um seine tiefe Besorgnis über die Gefahren auszudrücken, die es für Regierungen hat, die die Covid-19-Pandemie ausnutzen, um unabhängige und kritische Medien zu bestrafen und den Zugang von Medien zu Entscheidungen und Maßnahmen der Regierung einzuschränken.

IPI erkannte zwar an, dass bestimmte Sofortmaßnahmen zur Bekämpfung der Pandemie erforderlich sind, erklärte jedoch, dass solche Maßnahmen notwendig, verhältnismäßig, streng zeitlich begrenzt und regelmäßig überprüft werden müssen, um die unmittelbare Gesundheitskrise zu lösen.

Die Gruppen betonten auch, dass der freie Fluss unabhängiger Nachrichten wichtiger denn je ist, sowohl um die Öffentlichkeit über wichtige Maßnahmen zur Eindämmung des Virus zu informieren, als auch um die öffentliche Kontrolle und Debatte über die Angemessenheit dieser Maßnahmen aufrechtzuerhalten.

*Sehr geehrte,
Ursula Von der Leyen, Präsidentin der Europäischen Kommission,
Charles Michel, Präsident des Europäischen Rates,
David Sassoli, Präsident des Europäischen Parlaments,*

wir, die unterzeichnenden Organisationen für Pressefreiheit und Meinungsfreiheit, schreiben, um unsere tiefe Besorgnis über die Gefahren von Regierungen zum Ausdruck zu bringen, die die Covid-19-Pandemie ausnutzen, um unabhängige und kritische Medien zu bestrafen und den Zugang von Medien zu Regierungsentscheidungen und -maßnahmen einzuschränken.

Der freie Fluss unabhängiger Nachrichten ist wichtiger denn je, sowohl um die Öffentlichkeit über wichtige Maßnahmen zur Eindämmung des Virus zu informieren, als auch um die öffentliche Kontrolle und Debatte über die Angemessenheit dieser Maßnahmen aufrechtzuerhalten.

In dieser Hinsicht unterstützen wir die gemeinsame Erklärung der drei globalen und regionalen Sonderberichterstatter für freie Meinungsäußerung, David Kaye (UN), Harlem Désir (OSZE) und Edison Lanza (OAS), dass das „Recht auf freie Meinungsäußerung (...) für alle, überall gilt und möglicherweise nur engen Einschränkungen unterliegt.“

Obwohl wir uns darüber im Klaren sind, dass bestimmte Sofortmaßnahmen zur Bekämpfung der Pandemie erforderlich sind, müssen alle diese Maßnahmen notwendig, verhältnismäßig, streng zeitlich begrenzt und regelmäßig überprüft werden, um die unmittelbare Gesundheitskrise zu lösen. Leider nutzen bereits zahlreiche Regierungen auf der ganzen Welt die Pandemie, um übermäßige Befugnisse geltend zu machen, die demokratische Institutionen, einschließlich der freien Presse, untergraben können.

Diese gefährlichen Entwicklungen könnten die aktuelle Gesundheitskrise leicht überleben, wenn wir nicht dringend handeln, um sie zu stoppen.

Diese Woche fordert die ungarische Regierung eine unbefristete Verlängerung des Ausnahmezustands und die Befugnis, Journalisten und anderen Personen Haftstrafen von bis zu fünf Jahren aufzuerlegen, um falsche Informationen im Zusammenhang mit COVID-19 zu fördern.

Unsere Organisationen sind sich der Gefahren der Desinformation sehr bewusst und wissen, wie sie von skrupellosen Gruppen genutzt wird, um Panik und Spaltung zu verbreiten. Dies rechtfertigt jedoch nicht drakonische Mächte, die gegen Journalisten eingesetzt werden könnten, deren Arbeit für den Schutz der öffentlichen Gesundheit und die Gewährleistung der Rechenschaftspflicht unverzichtbar ist.

Es ist keine Überraschung, dass Ungarn mit seiner Vorgeschichte, die Medienfreiheit zu untergraben, der erste EU-Mitgliedstaat sein sollte, der solch eine extreme und opportunistische Machtübernahme unternimmt. Die wenigen verbliebenen unabhängigen Medien im Land werden regelmäßig angegriffen und beschuldigt, „falsche Nachrichten“ verbreitet zu haben, wenn sie einfache Fragen zur Vorbereitung und Strategie der Regierung bei der Bekämpfung der Pandemie stellen. Im Falle einer Genehmigung würde dieses neue Gesetz der ungarischen Regierung ein praktisches Instrument bieten, um Journalisten zu bedrohen und sie zur Selbstzensur einzuschüchtern. Wir befürchten, dass dies ein Schritt in Richtung einer vollständigen Unterdrückung der Medienfreiheit in Ungarn ist, die die Pandemie überleben könnte.

Würde dieses Gesetz verabschiedet, wäre dies ein furchtbarer Präzedenzfall für andere Mitgliedstaaten der Europäischen Union, die versucht sind, dem Beispiel Ungarns zu folgen - auch in anderen Staaten gibt es besorgniserregende Anzeichen - und den Grundrechten und der Demokratie unermesslichen Schaden zuzufügen sowie die Bemühungen zur Beendigung der Pandemie zu untergraben .

Zweitens sind unsere Organisationen auch besorgt über die Verbreitung verstärkter Überwachungsmaßnahmen zur Beobachtung der Ausbreitung des Virus. Obwohl wir die potenziellen Vorteile verstehen, muss der Einsatz der Überwachung eine angemessene Kontrolle haben und sich eindeutig auf die Bekämpfung der Pandemie beschränken. Unkontrollierte Überwachung gefährdet die Privatsphäre und die Datenrechte, während die Fähigkeit von Journalisten, Quellen zu schützen, untergraben wird und die Selbstzensur zunimmt.

Drittens sind unsere Organisationen besorgt über den Zugang der Medien zu Regierungsbeamten, Entscheidungsträgern, medizinischen Experten und denjenigen, die an vorderster Front der Pandemie stehen. Viele Länder haben Einschränkungen der Bewegungsfreiheit eingeführt, die – darauf bestehen wir – nicht genutzt werden dürfen, um zu verhindern, dass Medien Zeugnis von der Krise ablegen.

Gleichzeitig beschränken viele Regierungen den Zugang zu Beamten, indem sie die physische Präsenz von Journalisten auf Pressekonferenzen reduzieren. Slowenien und die Tschechische Republik haben beispielsweise angekündigt, sie insgesamt zu beenden. Solche Maßnahmen dürfen die Kontrolle der Regierung durch die Medien nicht einschränken.

Wir befinden uns in einem frühen Stadium der Pandemie, in dem Regierungen und Medien größtenteils eng zusammenarbeiten, um auf diese beispiellose Bedrohung der öffentlichen Gesundheit zu reagieren. Beide haben die Pflicht, dafür zu sorgen, dass die Öffentlichkeit umfassend informiert wird und die Reaktion auf die Pandemie so effektiv wie möglich ist.

Wir sind uns jedoch sehr bewusst, dass angesichts der anhaltenden Krise, der steigenden Zahl der Todesopfer und des weit verbreiteten Verlusts von Arbeitsplätzen und einer gewissen globalen Rezession die Maßnahmen und Entscheidungen der Regierung einer intensiven Überprüfung unterzogen werden. Die Versuchung einiger Regierungen, neu gefundene Notstandsbefugnisse zu missbrauchen, um Kritik zu unterdrücken, wird in einigen Fällen überwältigend sein. Dies darf nicht passieren.

In einer Zeit, in der die Grundrechte unserer Bürger in ganz Europa außer Kraft gesetzt werden, ist die Notwendigkeit einer Medienkontrolle, um sicherzustellen, dass diese neuen Mächte nicht missbraucht werden, stärker denn je.

Wir fordern Sie daher auf, die Macht Ihrer Büros zu nutzen, um sicherzustellen, dass grundlegende Menschenrechte und Pressefreiheit gewährleistet werden, wenn die Europäische Union sich bemüht, die COVID-19-Pandemie zu bekämpfen.

Insbesondere bitten wir Sie darum

- 1. die derzeit vor dem ungarischen Parlament vorgelegten Maßnahmen entschieden abzulehnen und klarzustellen, dass die Europäische Union die Anwendung der Notstandsgesetzgebung, die die grundlegenden Menschenrechte und Medienfreiheiten untergräbt, nicht akzeptieren wird.*
- 2. Fordern Sie die Regierungen auf, den Medienfachleuten den uneingeschränkten Zugang zu Entscheidungsträgern und Akteuren an vorderster Front der Gesundheitskrise sowie zu den breiteren Regierungsabläufen zu gewährleisten.*
- 3. Erklären Sie den Journalismus und den freien Informationsfluss als wesentlich für die Bemühungen Europas, die COVID-19-Pandemie einzudämmen.*

Mit freundlichen Grüßen,

ARTIKEL 19

Verband europäischer Journalisten (AEJ)

Europäisches Zentrum für Presse- und Medienfreiheit (ECPMF)

Europäischer Journalistenverband (EFJ)

Free Press Unlimited (FPU)

Index zur Zensur

Internationaler Journalistenverband (IFJ)

Internationales Presseinstitut (IPI)

Reporter ohne Grenzen (RSF)